

NETZWERK BESSERE RECHTSETZUNG UND BÜROKRATIEABBAU

CALL FOR PAPERS

Perspektiven und Probleme des Verwaltungsvollzugs

virtuell – 7. Oktober 2021, 10:00 – 17:00 Uhr

Aktuell verdeutlicht die Corona-Krise, wie bedeutend der Verwaltungsvollzug für ein gut funktionierendes und resilientes Gemeinwesen ist. Während Rechtssicherheit, Berechenbarkeit, eine gerechte Behandlung der Bürger*innen und Unternehmen oder Datenschutz wichtige Grundsätze für die Verwaltung sind, hat sich auch in der Corona-Pandemie gezeigt, dass manche Vorgaben und Verfahren ein rasches, zweckmäßiges und flexibles Handeln erschweren können. Auch fehlende oder interinstitutionell nicht kompatible Digitalisierung belasten den schnellen und effizienten Vollzug. Gerade dies behindert die notwendige Krisenbewältigung, sei es in Bezug auf die Infektionsnachverfolgung, lokale Teststrategien oder die Verimpfung verfügbarer Impfdosen. Daneben können Faktoren der Verwaltungskultur, wie Risikovermeidung, eine geringe Fehlertoleranz, aber auch eine zu wenig spezifische oder eine schwer umzusetzende Regulierung erforderliche Handlungsspielräume einschränken und übermäßige Bürokratie fördern.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die zweite Jahreskonferenz des interdisziplinären Forschungsnetzwerks Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau dem Verwaltungsvollzug. Neben diesbezüglichen Lehren aus der Corona-Krise soll die vollziehende Funktion verschiedenster Verwaltungen umfassend betrachtet werden. Willkommen sind Einreichungen von Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen aus allen relevanten Disziplinen zu den folgenden oder angrenzenden Themen:

- Chancen und Herausforderungen für den Verwaltungsvollzug
- Krisenbewältigung durch und Krisenfestigkeit von Verwaltung(en) sowie Lehren aus Krisen (z.B. Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Coronakrise)
- Verhältnis zwischen Rechtsetzung und Vollzug
- Verhältnis zwischen „Politik“ (Regierung und Parlamente) und vollziehender Verwaltung
- Kulturelle und sprachliche Aspekte des Verwaltungsvollzugs
- Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung, Bürokratievermeidung und -abbau im Verwaltungsvollzug
- Aus- und Weiterbildungsbedarfe für einen besseren Vollzug

Einreichung von Beiträgen

Mitglieder des Netzwerks und andere interessierte Wissenschaftler*innen sowie Praktiker*innen, die sich mit einem Vortrag an der Konferenz beteiligen möchten, werden gebeten, **bis zum 16. Juni 2021** ein formloses Abstract (max. 400 Wörter) mit Vortragstitel an die Netzwerk-Geschäftsstelle zu senden: netzwerk@iaw.edu (Dr. Hannah Keding und Heidrun Braun). Das Konferenzprogramm wird ab dem 15. August 2021 verfügbar sein. Die Einreichung eines vollständigen Forschungspapiers ist nicht erforderlich.

Website der Konferenz: [Zweite Jahreskonferenz - IAW \(netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de\)](https://www.netzwerk-rechtsetzung-buerokratieabbau.de)

In Kooperation mit:



Baden-Württemberg
NORMENKONTROLLRAT

Gefördert durch:



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST